

Erfahrungsberichte:

Johannes Schmidt, Bund Freier evangelischer Gemeinden

1. Die Rolle des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in der DDR

Der BFeG war *eine* Stimme im 'Chor der Kirchen'. Wir brachten unsere Stimme ein in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen, in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, bei der Evangelischen Allianz, in Einzelgesprächen im Büro des Staatssekretärs für Kirchenfragen und mit dem Präsidium der VEF und mit dem Vorstand der AGCK.

Diese Stimme gebrauchen zu lernen und zu praktizieren war ein Lernprozeß, der 45 Jahre anhielt.

Die Freien evangelischen Gemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR waren zunächst eine 'Sammelstelle' für viele geflüchtete Menschen, die sich dem Grundverständnis der FeG verbunden wußten oder einfach eine geistliche Anlaufstelle suchten.

Weithin waren unsere Gemeinden (wie auch andere Kirchen) 'Durchzugsstation' nach dem Westen oder einem Familiensammelort auf der Suche nach einer neuen und 'besseren' Heimat. Dies muß vor allem auch bei den (manchmal rasch ansteigenden und dann wieder fallenden) Mitgliederzahlen gesehen werden. Ebenso bei Neugründungen von Gemeinden, die mit der angestammten Bevölkerung aber nicht heimisch wurden.

Unsere Gemeinden verstanden sich sehr stark als eine 'Evangelisationsbewegung'. Sie hatten, da wo sie waren, eine relative gute Öffentlichkeitswirkung - wenigstens für die Zeit etwa von 1945-1955. Es kam in dieser Zeit zu Berührungen und Konflikten mit den Behörden. Gerade dann, wenn Evangelisationen in politische Wahlzeiten fielen. Die Kritik des Staates ergab sich daraus, daß die Evangelisationsversammlungen besser besucht waren als die politischen Wahlversammlungen. Sie fanden zunächst in nicht-kirchlichen Räumen statt (Gasthofsälen z.B. in Dörfern), wurden aber systematisch zurückgedrängt und nur in kircheneigenen Räumen gestattet. Da Gottesdienste - teilweise - nur in Privaträumen (Wohnungen, oftmals kleinen, engen umgebauten Räumen) stattfinden konnten, war Öffentlichkeitsarbeit kaum möglich. Ein kurzzeitiger Gottesdienstverbot in ostthüringischen Gemeinden erhöhte die Schwellenangst von Randsiedlern der Gemeinden.

Mit der staatlichen Forderung, alle gesamtdeutschen Strukturen zu beenden und westdeutsche Einflüsse von in der BRD wohnenden Leitungspersönlichkeiten zu unterbinden, profilierte sich der Leitungsstil des BFeG in der DDR, und eine auch wirtschaftliche Selbständigkeit der Ortsgemeinden und des Bundes wurde nicht nur angestrebt, sondern auch erreicht. Dies freilich betrifft nicht Unterstützungen, die auf Grund von in der DDR nicht vorhandenen (Bau-)Kapazitäten gewährt und vom Westen finanziert wurden.

Dies gilt ebenso für die kirchlichen Vereinigungen VEF, AGCK, Evangelischen Allianz. Der BFeG wurde Mitglied in der AGCK.

Die Kontakte zu den Leitungsgremien des BFeG in der BRD wie auch zu den zwischenkirchlichen Vereinigungen behielten einen hohen Stellenwert und waren eine wichtige Informationsebene und förderten sehr bewußt das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Der Zentralisierung der staatlichen Macht und Politik lief parallel eine dem Wesen des Bundesverständnisses entgegenstehende 'Zentralisierung' der Bundesverantwortung. Die Kirchenpolitik des Staates wollte *einen* Ansprechpartner der jeweiligen Kirche bzw. des Bundes. Hier kam es darauf an, zwischen der Bundesleitung und den Ortsgemeinden durch gute und umfassende Informationen und durch Stärkung der Verantwortlichen vor Ort ein ausgewogenes Verhältnis zu erhalten. Auf zentraler Ebene wurden u.a. angesprochen und teilweise auch verhandelt die Fragen bezüglich Volksbildung, Wehrdienst, Grundstücken, Bauten, Publikationen, Konferenzen, Internationale Beziehungen des Bundes.

Negativ wurde die staatliche Kirchenpolitik bei der Zusammenfassung der Evangelischen Freikirchen in den sog. 'Kleinen Religionsgemeinschaften' in Abgrenzung zu den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche empfunden. Die Bemühungen des Präsidiums der VEF und des Vorstandes der AGCK, diese beiden kirchlichen Vereinigungen dem Staatssekretariat für Kirchenfragen als Gesprächspartner 'salonfähig' zu machen, wurden nach meiner Einschätzung vom Staatssekretär bewußt abgelehnt. Die Zusammenfassung der Evangelischen Freikirchen mit den übrigen 'Kleineren Religionsgemeinschaften' wurde wiederholt als nicht sachgerecht angesprochen. VEF und AGCK wurden als eigentliche Gesprächsplattform der Freikirchen angemahnt.

2. Persönliche Erfahrungen

Zu meiner Person: Ich bin Jahrgang 1929. Meine Kindheit war eingebettet in ein bewußt christliches Elternhaus. Die Eltern waren Mitglied der Evangelischen Lutherischen Kirche Thüringens und aktiv in der landeskirchlichen Gemeinschaft Pößneck tätig. Vater war Mitglied der Thüringer Bekenntniskirche.

Durch meine Eltern war ich zu einer kritischen Haltung zum Nationalsozialismus erzogen, war aber Mitglied der Hitlerjugend. Vater war Postbeamter, kein Parteimitglied in der NSDAP.

2.1 1945-1949

Dies war die Zeit der Klärung meines Glaubensverhältnisses zu Jesus Christus. Ich traf eine bewußte Entscheidung für die Mitgliedschaft in einer Freien evangelischen Gemeinde und lehnte die Mitgliedschaft in der soeben gegründeten FDJ (Freie Deutsche Jugend) ab. Die zu nahe Parallele zur HJ

als staatlich gelenkte und ideologisch bestimmte Einheitsjugend machte mich sehr kritisch. Ebenso verweigerte ich jede Zugehörigkeit zu Partei oder Gewerkschaft. Die frühe Erkenntnis, daß diese Organisationen nur verlängerter Arm der Kommunistischen bzw. Sozialistischen Einheitspartei sind und diese wiederum verlängerter Arm der sowjetischen Besatzungsmacht, hielten mich in kritischer Distanz. Dieser Zeitraum führte zu persönlichen Klärungen und klarer Standortfindung.

2.2 1949-1953

Studium am Predigerseminar des Bundes Freier evangelischer Gemeinden in Ewersbach/Hessen BRD (illegaler Wegzug aus Thüringen).

Zu Fragen 'Christ und Gesellschaft', 'Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zeit' bot das Studium keine Sachinformation noch Hilfestellungen. Vorbereitung auf einen Verkündigungs- und Seelsorgedienst in einem marxistisch geprägten Umfeld gab es nicht.

2.3 1953-1964

Berufung als Prediger in die Freie evangelische Gemeinde Borna bei Leipzig. Ich sammelte Erfahrungen mit der Kirchenpolitik auf Ortsebene (etwa 3% der Gemeindeglieder waren SED-Mitglieder). Für mich war zu dieser Zeit nicht erkennbar, ob ein Gemeindeglied zur CDU oder einer anderen 'Block'partei gehörte (SED-Mitgliedschaft war eindeutig).

Erlebte Konflikte mit staatlichen Stellen betrafen:

- Grundstücksfragen. Kauf eines Gemeindegrundstückes auf dem das Gemeindehaus der FeG stand (Pachtgrundstück). Ablehnung. Erfahrung mit der Lüge staatlicher Stellen, um den Kauf zu verhindern.

- Verweigerung einer angemessenen Wohnung.

- Unsere, meiner Frau und meiner, Nichtbeteiligung an der Wahl wegen o.g. Probleme mit den 'örtlichen Organen'.

- Verweigerung von Aufenthaltsgenehmigungen von Verwandten aus der BRD (vor allem wegen Nichtbeteiligung an der Wahl).

- Erfahrungen mit der Hilflosigkeit der CDU-Mitglieder in städtischen und staatlichen Verwaltungsstellen.

- Druckgenehmigungen, Jugendweihe, FDJ-Mitgliedschaft bzw. Nicht-Mitgliedschaft von jungen Christen. Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft bei den Jungen Pionieren.

Erkenntnis und Eingeständnis in dieser Zeit war unsere Ohnmacht gegenüber der Parteigewalt.

Meine Erkenntnis: Auf Kreisebene saßen im Referat Kirchenfragen Genossen, die sich im Nationalsozialismus als Kommunisten bewährt hatten, aber hilflose Ausführungsgestalten von für uns nicht erkennbaren Hintermännern waren. Die SED-Strukturen mußten erst langsam 'erfahren' werden.

Ich hatte das ungute Gefühl (nicht zu beweisen), daß die Superintendenten der evangelischen Kirchen einen besseren Draht zu dem Rat des Kreises hatten als die sog. 'Kleinen Religionsgemeinschaften'.

Heute frage ich mich: Wurden die 'Kleinen Religionsgemeinschaften' mit durch den Filter des Superintendenten gesehen?

2.4 1964-1971

1964 wechselte ich als Pastor in das Arbeitsgebiet der Freien evangelischen Gemeinden von Dresden (Radebeul und Freital).

Ich sammelte neue Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Dienststellen auf Bezirksebenen und erhielt eine Einladung zum Gesprächskreis 'Christliche Kreise' bei der Nationalen Front. Die Teilnahme habe ich in Borna abgelehnt, habe aber in Dresden gastweise an Gesprächsforen teilgenommen. Ich begegnete dem späteren Referenten des Staatssekretärs Dr. Dohle, Herrn Breitmann und Frau Fischer (alle SED). Hier erlebte ich flexible Gesprächspartner.

Örtliche Konflikte von Gemeindegliedern in Volksbildungsfragen konnten punktuell angesprochen und geklärt, Grundstücksfragen geordnet werden. Erstmals Empfang westdeutscher Fachliteratur über ein Mitglied der 'Christlichen Kreise' (Pfarrer Feurich).

Offizielle Einreise von Mitgliedern unserer Bundesleitung BRD als Gäste der 'Nationalen Front' mit eng begrenzter Möglichkeit von Gemeindebesuchen für wenige Tage. Besuchsplanung wurde von 'Nationaler Front' bzw. Rat des Bezirkes gemacht. Unterbringung durch Nationale Front im Hotel. Ich empfand die Haltung unserer Gäste als zu schwach gegenüber den Gastgebern.

Die CDU warb darum, mich als Mitglied zu gewinnen. Erneut begründete Ablehnung meinerseits.

Teilnahme an einer Studienreise in die Sowjetunion, veranstaltet vom Hauptvorstand der CDU. Daran beteiligte ich mich nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Bundesleitung.

2.5 1971-1989

1971 wurde ich als Gemeindepastor nach Berlin-Adlershof berufen und wurde Mitglied unserer Bundesleitung. 1974 nahm ich die Berufung zum Bundesvorsteher unseres Bundes an und war bis 1978 gleichzeitig Pastor der FeG Berlin-Adlershof, von da an vollzeitig im Bundesdienst.

In dieser Zeit wuchs immer stärker die Gewißheit: Es gibt keine Rechtsmittel für die Kirchen.

Es gibt nur ein 'Machtmittel': das Gespräch. Die Verhandlungen endeten oft mit dem Eindruck des Widersinns dieser ermüdenden Gespräche ohne Erfolge. Freilich, ab und an gab es einmal kleine Erfolge eines Gespräches, insgesamt demütigend, schwierig, unbefriedigend, zeitraubend, ohnmächtig.

Ich erkannte: Die Kirchen sind ein Machtmittel für das politische Ziel des Staates: die Anerkennung der DDR im Weltmaßstab. Sie sind eine Beschaffungsquelle für Devisen (Limex und Intershop, PKW-Beschaffung für Pastoren. etc.) und unterstützen die Reisekader-Politik. Der Eindruck, die Kirchen haben zur SED-Politik ihren Beitrag zu leisten, ließ mich in einem Zwiespalt leben. Wiederum war das der schmale Spielraum, der von uns genutzt werden mußte, um z.B. internationale Kontakte aufnehmen und unterhalten zu können, in Grundstücks- und Gebäudefragen Gemeinden helfen zu können, um ein Minimum an Literatur herstellen zu können etc.

In dieser Zeit nahm ich an repräsentativen Veranstaltungen des Staates teil: z.B. 750 Jahr-Feier der Stadt Berlin (Festakt); Geburtstagsgratulation bei Erich Honecker zum 70. und 75. Geburtstag (einmal als amtierender Präsident der VEF und einmal als Vorstandsmitglied der AGCK); Trauerfeier von Staatssekretär Seigewasser.

Fragen, die mich bewegen, lauten:

Welche Fakten hat eine historische Forschung aufzunehmen und wie können geistliche und Gewissensentscheidungen historisch erkannt und gewichtet werden? Gibt es Bewertungskriterien, ob eine Freikirche ihrem Selbstverständnis historisch treu geblieben ist?

Ist die Teilnahme an der sog. demokratischen Wahl einer Diktatur Pflicht eines Christen? Ist es Zeichen seines Glaubens, wenn er nicht geht? Macht er sich schuldig, weil er dadurch das System 'gestärkt' hat? Der Fahneneid der Volksarmee war religiös gefärbt. Ist ein Christ dadurch 'gebunden' oder ist vom NT eine Ablehnung eigentlich gefordert? (setzt Kenntnis des Inhalts des Fahneneides voraus).

Ist unsere Entscheidung richtig, wenn wir nicht bundesoffiziell gegen die Jugendweihe Stellung bezogen und dies dem Individuum in persönlicher Entscheidung überließen? (beachte das Gelöbnis).

Die Mitgliedschaft bei den Jungen Pionieren, FDJ, Kampfgruppen etc. wurde auch von Christen nicht immer, aber doch oft getroffen aus Existenzgründen. Entspricht dies dem NT?

Herbert Uhlmann, Evangelisch-methodistische Kirche

1. Die Rolle der Evangelisch-methodistischen Kirche in der DDR

In der Zeitschrift europäischer Christinnen und Christen 'Junge Kirche' stellt H.-J. Benedict rückblickend auf die Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland fest: »[...] die evangelischen Kirchen setzten trotz Barmen der heraufziehenden Barbarei sehr viel weniger Widerstand entgegen, als die auf ihr Potential Hoffenden erwarteten«¹.

1 In: Junge Kirche, Heft 5 (1994), S. 273.

Der DDR-Staat war gewiß ein anderes Gebilde als der Hitler-Staat. Aber als Diktatur verstand er sich von vornherein. Und die Machtfrage, so vernahmen wir auf allen Ebenen des real-existierenden Sozialismus, sei endgültig entschieden. In dieser nicht nur geistig vergifteten Umwelt konnte es zu keiner Zeit gelingen, völlig ungeschadet und ohne selbst Schaden anzurichten den eigenen Weg zu gestalten. Viele Einzelschicksale, aber auch die Geschichte der Kirche bezeugen diese Wahrheit. Nicht nur kirchliche Leitungsgremien, sondern auch die Ortsgemeinden standen vor derselben Zerreißprobe. Hat der Wendeherbst 1989 den Eindruck erweckt, vor allem evangelische Gotteshäuser seien Schutz- und Trutzbürg der Freiheit in einer ringsum geknechteten Situation, so stellte sich doch bei genauerem Hinsehen ein etwas differenzierteres Bild dar, dem sich zu stellen nicht nur Moral und Rechtschaffenheit fordern. Die Glaubwürdigkeit der Kirche ihrem Auftrag gegenüber ist damit verbunden.

Ihr Auftraggeber, so beteuerte auch die Evangelisch-methodistische Kirche, kann nur Christus selber sein. 'Gottes erklärter Wille'² hat in Christus seine unmißverständliche Ausprägung gefunden. Demzufolge beschreibt die Antwort auf Bonhoeffers Frage »Wer Christus heute für uns eigentlich ist«³ zugleich auch die Gestalt der Kirche, wenn sie sich denn an ihr eigenes Zeugnis gebunden weiß.

Soll also das Verhältnis der EmK zum SED-Staat dargestellt werden, so ist das für mich immer ein Alptraum und eine gute Erinnerung zugleich. Zwei Fragen drängen sich dabei herausfordernd auf: Warum haben wir nicht deutlicher machen können, daß die Kirche gerade auch ihr Verhältnis zum Staat nicht von Nützlichkeitsabwägung abhängig machen kann - und es darum auch nicht tut? Und wie kam es, daß der Weg der Kirche trotz mancher tiefgreifenden Irrtümer zu keiner Zeit in die totale Umklammerung durch den Unrechtsstaat führte?

Historiker, die zugleich Theologen sein müssen, haben sich um die Beantwortung dieser Frage zu mühen.

Meine persönlichen Anmerkungen:

Obwohl die EmK sich immer als Freikirche verstanden hat, also historisch bedingten landeskirchlichen Ballast nicht mit sich herumtragen muß, konnte sie doch nicht wesentlich unbeschwerter als die Großkirchen existieren. Ein entscheidender Grund dafür ist m.E. die wenig ausgeprägte Fähigkeit, politische Fragestellungen in ihrer theologischen Dimension zu erkennen und sie als Herausforderung an die Kirche zu begreifen. Als es 1970 zur Gründung einer eigenen Zentralkonferenz mit Sitz des Bischofs in Dresden kam, ver-

2 So der Titel einer Festschrift für Armin Härtel, dem langjährigen Bischof der EmK in der DDR, hg. von Michael Weyer (CV 93).

3 So in einem Brief an Eberhard Bethge vom 30.4.1944, zit. aus *Widerstand und Ergebung*, 5. Aufl. Berlin 1982, S. 305; vgl. auch das Geleitwort von Albrecht Schönherr in der *Bonhoeffer-Auswahl*: Christus für uns heute. Berlin 1970, S. 5 ff.

wies man zur Begründung dieses Schrittes immer wieder auf den staatlichen Druck. Keineswegs war von vornherein klar, daß man im Kontext der United Methodist Church bleiben wollte und würde. Es mußte auch darum erst gestritten werden. Gar nicht wenige einflußreiche Personen in der Kirche konnten sich durchaus eine völlig selbständige methodistische Kirche in der DDR vorstellen. Diese Art von Eigenständigkeit wäre ohne Zweifel auch die Entscheidung über die Gleichschaltung kirchlicher Interessen mit staatlichen Vorgaben geworden. Rückblickend ist Dankbarkeit angezeigt darüber, daß die Struktur der methodistischen Kirche eine weltweit wirksame Konnexion darstellt. In ihr zu bleiben bedeutete auch, in der SED-Realität ständig ein Fremdkörper zu sein.

Das gesamtgesellschaftliche Klima war lange Zeit arm an Übungsfeldern, die den aufrechten Gang, das freie Wort und die mutige Tat stärkten. Anfang der siebziger Jahre entstand, inspiriert vor allem durch Angehörige der CDU, ein Arbeitskreis unter dem Slogan 'Christen für den Sozialismus'. Zweifellos war dies ein weiterer Versuch nach vielen vorangegangenen und anderen, die nachfolgten, die Kirche stärker an Vorgaben zu binden, die staatliche Kirchenpolitik verordnen wollte. Wenn diesen Bemühungen auch punktuell Erfolge beschieden waren, so erlag die EmK diesem Druck doch nicht.

Dies festzustellen heißt nicht, deutlich erkennbare Schwächen in dieser Bewährungszeit übersehen zu wollen. Die Thematisierung der staatlich verordneten Schulpolitik mit der damit einhergehenden Knechtung der Gewissen gelang uns nie deutlich genug. Gemeinsam und öffentlich die Abscheu vor Mauer und Stacheldraht zu formulieren fehlte uns offenbar der Mut. Kirchliche Dienstreisen wurden beantragt und wahrgenommen. Sie führten Delegierte in das westliche Ausland. Die Forderung an den Staat, jedem Bürger im Land freie Reisemöglichkeiten einzuräumen, erhoben wir leider nicht.

Dennoch: 'Kirche des Sozialismus' ist die EmK nie geworden. Die Zauberformel 'Kirche im Sozialismus' ist nicht unter uns entstanden. Einige von uns revoltierten immer dagegen. Aber eine gute Chance, gehört zu werden, hatten sie nicht. Da wirkte wohl auch die lobende Anerkennung mit, die von jenseits der Mauer aus westlichen Gefilden unser Leben und Tun begleitete und die - gewollt oder ungewollt - uns in die unerwünschte Situation mit einbinden half.

Inzwischen hat die viel zu aufgeregt geführte Stasi-Debatte den Blick auf die wirkliche Lage, wie sie zu DDR-Zeiten tägliches Brot war, eher verstellt als erhellt. Zu meiner Person liegen 800 Seiten eines »Operativen Vorgangs« vor, der 1982 eröffnet und 1989 geschlossen wurde. Als persönlichen Eindruck gewinne ich nach der unerfreulichen und zugleich befreiend wirkenden Lektüre die Überzeugung: So gut, wie wir hätten sein sollen als christliche Gemeinde in der Diktatur, so gut waren wir leider nicht. Aber wir waren besser, als wir dachten. Die Akten des Staatssicherheitsdienstes zeigen

ungewollt, daß im Wesen und Leben der Kirche unabdingbar die Suche nach der rechten Gestalt der Gemeinde Jesu Christi lebendig geblieben ist. Sehr viel mehr konnten wir nicht leisten. Aber ist es nicht schon sehr viel, wenn sich die Kirche allezeit dazu verpflichtet weiß und sich dieser Verpflichtung auch stellt?

2. Persönliche Erfahrungen

Ich wurde 1941 in Zschopau/Sachsen geboren. Die Eltern waren als ehemalige Angehörige der China-Inland-Mission nach der politisch erzwungenen Rückkehr aus China in der Methodistenkirche in Deutschland tätig.

Meine Kindheit verbrachte ich von 1942 bis 1954 in Bockau/Erzgebirge. Erinnerungen an Übergriffe der sowjetischen Besatzungsmacht in Privathäusern und im Kirchengebäude sind vorhanden. Am 17. Juni 1953 wird sogar in dem kleinen Erzgebirgsdorf ein sowjetischer Panzer stationiert.

2.1 1954-1966

Wie meine drei Geschwister, so war auch ich nie Mitglied der Thälmannpioniere, der Jungen Pioniere oder der FDJ. Es herrschte in der Familie die Überzeugung, daß Mitgliedschaft in diesen Organisationen zugleich Unterwerfung unter die politischen Irrtümer der SED bedeuten müsse.

Konkrete Folgen dieser Entscheidung werden vor allem spürbar bei der Ablehnung aller Anträge, die aus unserer Familie zum Besuch der Oberschule gestellt wurden.

Wenige Wochen vor dem Mauerbau 1961 verlassen meine beiden Brüder die DDR, um in Westdeutschland beruflich voranzukommen.

Nach der Mittleren Reife absolviere ich eine Lehre als Rundfunk- und Fernsehmechaniker. Danach folgt bis 1966 das Studium der Theologie am Theologischen Seminar der Evangelisch-methodistischen Kirche in Bad Klosterlausnitz mit vorausgehendem Gemeindepraktikum in Dresden, erster Predigtamt am Sonntag nach dem Mauerbau, Predigttext: Matth. 7, 24 ff.

2.2 1966-1972

Dienstzuweisung nach Oederan/Brand-Erbisdorf. Der Gemeindebezirk ist ausgedehnt auf ein Gebiet von vier Kreisstädten (Flöha, Freiberg, Frankenberg, Brand-Erbisdorf). Demzufolge ergeben sich zahlreiche Gespräche mit staatlichen Behörden. Von 1969 bis 1971 wird in Brand-Erbisdorf ein Gemeindezentrum in Eigenleistung der Gemeinde erbaut. Die Baugeschichte wird für mich zum Schulbeispiel einer irrational gelenkten Planwirtschaft, die ideologischen Prämissen hörig ist. Bausperre und Abbruch schon rohbaufertiger Gebäudeteile gehört zu den üblichen Schikanen.

1970 überträgt mir die Jährliche Konferenz der EmK in der DDR das Amt eines Sekretärs des Kinderwerks der Kirche. Damit ist ein ständiger, durch Auseinandersetzungen mit der Schul- und Bildungspolitik des Staates geprägter Konflikt verbunden. Wiederholt kommt es in dieser Zeit zu

Strafandrohungen wegen der Schaukastengestaltung der Gemeinde. Man fordert mich auf, systemkritische Aussagen zu entfernen. In keinem Fall bin ich der Aufforderung nachgekommen.

2.2 1972-1978

Dienstzuweisung als zweiter Pastor nach Karl-Marx-Stadt, Friedenskirche. Zugleich Sekretär im Kinderwerk, ab 1976 hauptamtliche Mitarbeit im Bund der Evangelischen Kirchen im Bereich Kirchliche Unterweisung/Kinder-gottesdienst. Bau eines Schulungs- und Rüstzeitheimes in Bad Klosterlausnitz. Die Baugeschichte ist ein Beispiel eines großen, gemeinsamen Werkes zahlreicher Helfer aus vielen Gemeinden. Die Finanzierung geschieht ausschließlich durch Sammlungen in den Gemeinden der EmK in der DDR.

2.3 1978-1985

Dienstzuweisung nach Plauen, Erlöserkirche. 1978 erste dienstliche Reise in das nichtsozialistische Ausland, der bis 1989 acht dienstliche und zwei private Reisegenehmigungen folgen. Konflikte mit den Behörden der Stadt um Probleme wie Druckgenehmigung des Gemeindeprogramms, politische Belastungen im Alltagsleben vieler Gemeindeglieder, berufliche und andere Benachteiligung wegen der Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde. Offene Auseinandersetzung um die Akzeptanz des Symbols 'Schwerter zu Pflugscharen'. Am 5.4.1982 Vorladung zum Oberbürgermeister zu einem Streitgespräch, das per Tonband protokolliert wird und bei dem es zu unverhohlenen Einschüchterungsversuchen kommt.

Friedensausstellungen im Kirchgebäude und offene Jugendarbeit mit umfangreichen Kontakten zu Jugendlichen, die mit zunehmender Deutlichkeit dem ideologischen Bildungsprogramm des Staates den Rücken kehren. Gefängnisbesuche bei einem Inhaftierten in Naumburg bis zu dessen Freikauf und seiner Abschiebung in die Bundesrepublik.

Die Tatsache der Gefängnis-Besuchserlaubnis macht mir klar, daß ich die Staatssicherheit im Nacken habe und offenbar ständig beobachtet werde. Viele Menschen suchen seelsorgerliche Hilfe. Bei fast jedem muß ich argwöhnen, daß er mit der Staatssicherheit im Kontakt sein könnte.

Im August 1985 stirbt nach 21jähriger Ehe meine Frau im Alter von 41 Jahren. Ihr plötzlicher Tod ist unseren beiden Kindern und mir eine tiefe Zäsur.

2.4 1985-1989

Die Arbeit in Plauen wird geprägt durch Versuche, Reisemöglichkeiten möglichst für alle Gemeindeglieder zu ermöglichen. In persönlichen Erklärungen zur Jährlichen Konferenz 1987 und 1988 (Verhandlungen der 20. Sitzung der Jährlichen Konferenz gehalten in der Friedenskirche in Zwickau vom 20.-24. Mai 1987, S. 26 ff und Verhandlungen der 21. Sitzung, gehalten in der Erlöserkirche zu Plauen vom 25.-29. Mai 1988, S. 27) weise ich auf die unhaltbare

Situation hin, daß wir zwar Gäste empfangen, aber nicht in einem normalen Austausch mit anderen Gemeinden jenseits von Mauer und Stacheldraht sein dürfen.

Eine Jugendgruppe aus Cincinnati, USA, besucht die Plauener Gemeinde im Frühjahr 1989. Nach Abreise der Gruppe beschwere ich mich bei der Plauener Polizei wegen ständiger Beschattung. Es kommt zu einem verbalen Schlagabtausch mit dem Polizeipräsidenten der Stadt, bei dem Drohungen gegen meine Person und unsere Arbeit unmißverständlich sind.

Nachdem 1988 zum Abschluß der Jährlichen Konferenz in Plauen das städtische Gelände 'Parktheater' zur Verfügung gestellt worden war und mehr als 5.000 Menschen, zum Teil mit Sonderzügen nach Plauen gekommen waren, bedeuten die Konfrontationen im Frühjahr 1989 einen spürbaren Rückschritt.

2.5 1989-1994

Die Jährliche Konferenz beauftragt mich mit der Dozentur für Systematische Theologie am Seminar der Evangelisch-methodistischen Kirche in Bad Klosterlausnitz. Beginn der Dozententätigkeit im September. Im gleichen Monat Reise nach den Niederlanden mit dem Chor der Gemeinde Plauen. Länger als drei Jahre wurde um diese Reismöglichkeit gekämpft mit dem Ziel, die übliche Praxis der außerordentlichen Dienstreisen zu durchbrechen.

Im Oktober 1989 auch in Bad Klosterlausnitz Brügerdiskussionen zur Lage des zerfallenden politischen Systems. Studenten und Dozenten des Theologischen Seminars spielen dabei eine wichtige Rolle

Vor dem später durch Wahlbetrug berüchtigten Urnengang im Frühjahr wurde ich vom Kreissekretär der CDU in Plauen, Mitglied der Evangelisch-methodistischen Gemeinde, mehrfach aufgefordert, anlässlich einer Wahlveranstaltung der nationalen Front in Oelsnitz/Erzgeb. das Wort zu ergreifen. Er nennt mir sein Wunschthema: 'Der sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens'. Ich behalte mir Zustimmung oder Ablehnung vor und entscheide erst in der Pause der von etwa 400 Menschen besuchten Versammlung, daß ich mich zu Wort melden werde zum Thema: 'Der Christ in der sozialistischen Gesellschaft' - Ich nehme Stellung zu drei Problemkreisen, nämlich:

- Mauerbau - ein Unrecht von Anfang an, das sich selbst richtet, darum auch sich selbst überleben wird.
- Ideologie in der Erziehung, die vom Kindergarten an ein Vergehen an der Persönlichkeit ist.
- Militarisierung der gesamten Gesellschaft, die Haß und Gewalt gebiert, während wir Frieden und Versöhnung brauchen.

Mein Beitrag wird mit langem Beifall bedacht, woraus viele Teilnehmer ableiten, daß der Staat seine Machtherrlichkeit zu verlieren beginnt.

Im Herbst Beitritt zum Neuen Forum. Nachdem sich diese Gruppierung nicht als politische Partei organisiert, Eintritt in die neu gegründete SPD, bis

1990 Vorsitzender des SPD-Ortsverbandes Hermsdorf-Klosterlausnitz. 1990 Umzug nach Zwickau-Planitz mit Dienstuweisung an die Christuskirche.

2.6 1994

Im Januar Einsichtnahme in die 800 Seiten umfassende Akte des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Die Akte ist als 'Operativer Vorgang' am 7.7.1982 angelegt worden zum Tatbestand des Paragraphen 106 StGB unter folgender Begründung:

»Der Verdächtige sucht die Konfrontation mit staatlichen Organen und richtet sich somit gegen die Kirchenpolitik der DDR. Er vertritt die Position, daß er seine Tätigkeit seiner Zielstellung unterordnet, der Machtübernahme durch Christi. Er ist Vertreter der SOFD [Sozialer Friedensdienst] und Initiator einer eigenständigen Friedensbewegung der Kirche sowie Vertreter und Verbreiter des Pazifismus«.

Als »Zielstellung der Bearbeitung des OV« nennt Oberst Steudel, der die Akte unter dem Decknamen »Mauer« angelegt hat,

»ständig die Lage und Situation unter den Methodisten zu kennen, zu dokumentieren und in deren Ableitung geeignete politisch-operative Maßnahmen einzuleiten und durchzusetzen. Dabei gilt es, auf der Grundlage einer ständigen und exakten Analyse, Widersprüche in theologischer und politisch-ideologischer Art zwischen Methodisten und Evangelen [Evangelischen], zwischen U[h]lmann und Superintendent Küttler, Thomas, hervorzurufen. Weiterhin besteht die Zielstellung darin, die Wirksamkeit, Mittel und Methoden des Vorgehens der Methodisten einzuschätzen. Daraus resultierend geeignete Politisch-operative Maßnahmen durchzuführen, um den Differenzierungsprozeß weiter voranzuführen. Leiter der Kreisdienststelle, Steudel, Oberst«.

Wolfgang Hartlapp, Adventgemeinde

1. Die Rolle der Adventisten in der DDR

Wie die übrigen kleineren Religionsgemeinschaften erfuhren auch die Siebenten-Tags-Adventisten (STA) von Seiten des SED-Staates grundsätzliches Mißtrauen, weil hier ein für sie unkontrollierbarer Bereich vorlag. Andererseits wurden diese Kirchen zeitweilig, besonders vor den Wahlen, umworben, um gegenüber den Großkirchen und der Öffentlichkeit als Aushängeschild für Loyalität verwendet zu werden.

Obwohl generell alle Kirchen und Religionsgemeinschaften gleichgestellt waren, wurden die kleineren Religionsgemeinschaften im Unterschied zu den Großkirchen in mancher Hinsicht anders behandelt, vor allem weil sie nicht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt waren, bzw. ihnen dieser Status entzogen worden war. Das wirkte sich vor allem dahingehend aus, daß sie entsprechend einer 1951 erlassenen Verordnung verpflichtet waren, jeden Gottesdienst und jede Versammlung von mehr als fünf Personen, auch in

gemeindeeigenen Räumen, spätestens drei Tage zuvor beim zuständigen Volkspolizei-Kreisamt zu melden. In der Regel gaben die Prediger die Meldungen monatlich ab. Dabei wurde an verschiedenen Orten ein persönliches Erscheinen des Predigers verlangt.

Für Adventisten ergaben sich die häufigsten Konfliktsituationen mit staatlichen Behörden auf dem Gebiet der Sabbatheiligung, und das trotz des in der Verfassung der DDR zugesicherten Rechts der freien Religionsausübung.

In Bezug auf eine Arbeitsbefreiung an Samstagen in den Betrieben gab es für Adventisten weniger Schwierigkeiten. 1951 bestätigte das Ministerium für Arbeit grundsätzlich das Recht auf Arbeitsbefreiung an Sonnabenden auf Grund der Verfassung. Dadurch war es nicht wie in der NS-Zeit möglich, Adventisten zur Arbeit am Sonnabend zu zwingen. Aber es bedeutete unter Umständen den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Passus dieser Verordnung lautete: »Es muß nun im Einzelfall entschieden werden, ob betrieblicherseits eine Freistellung von der Arbeit erfolgen kann, oder ob das Arbeitsverhältnis zum nächsten gesetzlichen Termin zu kündigen ist«¹.

Schwieriger war die Situation bezüglich einer Befreiung der Adventistenkinder vom Schulunterricht an Samstagen. In den ersten Jahren nach Gründung der DDR gab es kaum Probleme. Das Ministerium für Volksbildung verfügte am 15.7.1950, daß eine grundsätzliche Befreiung an Sonnabenden zwar nicht stattfindet, aber besonderen Anträgen der Eltern stattgegeben werden sollte. Anfangs wurde diese Verfügung großzügig gehandhabt. Aber schon wenige Jahre später, besonders nach einer Neuformulierung des Schulgesetzes 1959 gab es nur noch zu besonderen Anlässen Befreiung und auch nur auf stets neuen schriftlichen Antrag. Die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche in der DDR brachte neue Schwierigkeiten, weil jetzt auch Nichtadventisten den schulfreien Samstag für ihre Kinder wünschten. Das aber lehnte der Staat kategorisch ab. Wenn Adventistenkinder dennoch dem Unterricht fernblieben, bedeutete das Geldstrafen und vereinzelt Androhung von Entzug des Erziehungsrechtes. Nach längeren Verhandlungen wurde schließlich das Fernbleiben vom Unterricht toleriert. Abgesehen von den behördlichen Vorgaben hing die Unterrichtsbefreiung weitgehendst von dem Entgegenkommen der Lehrer, Schullektoren und Kreisschulräte ab und natürlich vom Leistungsstand der Schüler. Als um 1980 Gysi die Nachfolge von Seigewasser als Staatssekretär für Kirchenfragen antrat, hörten die Schwierigkeiten für adventistische Schulkinder auf. Allerdings betraf das nicht das 11. und 12. Schuljahr. Das Abitur blieb aus diesem Grund Adventistenkindern, die samstags nicht zur Schule gingen, verwehrt.

Ähnlich langwierige Auseinandersetzungen in der Sabbatfrage ergaben sich bei den adventistischen Bausoldaten. Die Erfahrung lehrte, daß sie, die

1 Schreiben vom Ministerium für Arbeit, HA Arbeitsschutz vom 23.2.1951 an Otto Nuschke, HA Verbindung zu den Kirchen.

von Anfang an entschieden ihren Standpunkt vertraten, meist für den Gottesdienst befreit wurden. Aber es gab auch Fälle von Inhaftierungen, die erst durch Intervention der Gemeinschaftsleitung gelöst werden konnten. Auch hier hing die Möglichkeit einer Befreiung vom Dienst weitgehend vom jeweiligen Vorgesetzten und der Beharrlichkeit des Bausoldaten ab.

2. Zu meiner Person:

Ich bin Jahrgang 1929. 1946 wurde ich durch die Glaubenstaufe Glied der Gemeinschaft der STA. Nach dem Abitur im Sommer 1947 besuchte ich das gerade wieder eröffnete Predigerseminar in Friedensau. Wegen des großen Predigermangels in der Nachkriegszeit wurde ich nach nur zweijähriger Ausbildung in den Dienst als Prediger der Gemeinschaft gerufen. Vierzehn Jahre lang versah ich den Gemeindedienst, zuerst in Halle/Saale und Umgebung, dann ein Jahr lang im Naumburger Bereich, danach über sechs Jahre von Halberstadt aus im Nordharzgebiet und schließlich im Ostteil von Leipzig. Aus dieser Zeit (1949-1963) stammen im wesentlichen meine Erfahrungen im Umgang mit den Behörden. Sie betrafen hauptsächlich die monatlichen Meldungen der gottesdienstlichen Veranstaltungen beim jeweiligen Volkspolizeikreisamt und die Beantragung von Druckgenehmigungen für öffentliche Vorträge. Ich erlebte kurz nach Einführung der Verordnung über Veranstaltungsmeldungen das Kuriosum, daß die Polizei einen meiner Bibelkreise in einer Privatwohnung in Halle/Saale unter dem Vorwand aufsuchte, die Tragfähigkeit des Fußbodens zu überprüfen.

Als ich 1963 in den Lehrdienst am Theologischen Seminar in Friedensau berufen wurde, hatte ich mit Verwaltungsaufgaben nichts mehr zu tun. Bezüglich der Ausbildung junger Prediger erfuhren wir keine Einschränkung von Seiten des DDR-Staates. Es gab allerdings gelegentlich Probleme bei der Einreise von Besuchern aus westlichen Staaten, vor allem aber bei der Beschaffung der nötigen Fachliteratur. Ich selbst gehörte keiner Partei an. Das trifft auch für alle Adventisten zu, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Liebend gern hätte die Ost-CDU in Friedensau eine Ortsgruppe aufgebaut, stieß aber dabei auf entschiedene Ablehnung. Den Volkskammer- und Kreistagswahlen entzog ich mich nicht, weil ich darin nach Römer 13 eine Unterordnung unter die bestehende Obrigkeit sah. Meine drei Kinder, die in jenen Jahrzehnten heranwuchsen, gehörten weder zu den Jungen Pionieren und der FDJ, noch nahmen sie an der Jugendweihe teil, was ihnen manchen Nachteil einbrachte. Die beiden Söhne verweigerten später den Dienst mit der Waffe. Wenn das Letztere für die jungen Brüder unserer Gemeinschaft die Regel war, so waren die Meinungen bezüglich Jungpionieren, FDJ und Jugendweihe geteilt.

Rolf Dammann, Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden

Die Verselbständigung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR (BEFG-DDR) hat sich in drei Schritten vollzogen. Die Währungsreform 1948 hatte die Einrichtung einer Bundesgeschäftsstelle-Ost in Ost-Berlin zur Folge. Innerhalb der Bundesleitung gab es eine Bundesleitung-Ost. - Der Bau der Mauer 1961 führte zu einer gegenseitigen Freigabe der Teilbünde BRD und DDR. - Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung der DDR 1968, wobei bereits im Verlauf der Diskussion der Satz 'Staatsgrenzen sind Kirchengrenzen' geprägt worden war, verlangte der Staatssekretär für Kirchenfragen (SfK), die Eigenständigkeit des Bundes auch im Namen zum Ausdruck zu bringen. 1969 wurde die Namensänderung beschlossen. In dieser Zeit bildeten sich auch andere kirchliche Organisationen in der DDR.

Die Haltung des Bundes war geprägt durch die beiden Übersetzungsvarianten von Römer 12, 11 »Schicket euch in die Zeit« (frühere Luther Übersetzung) und »Dienet dem Herrn« (revidierter Text). Wir müssen uns heute fragen, ob wir die Chancen genutzt haben und in manchen Äußerungen oder Handlungen zu zurückhaltend waren.

Artikel 39 der Verfassung der DDR handelt von »Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften«. Oft wurde auch von den 'Kleineren Religionsgemeinschaften' gesprochen, worunter auch der BEFG-DDR eingeordnet wurde. Seitens des SfK wurde mir erklärt, wir sollten darin keine Diffamierung sehen; es wäre lediglich eine Unterscheidung im Gegenüber zu den evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche. Es bestünde staatlicherseits eine gleiche Haltung gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Für uns war es andererseits klar, daß die Kirchen für den Staat ein stärkeres Gegenüber waren. Sie konnten zugleich in ihren Gesprächen und ihren Handlungen bewußter auftreten und sich leichter Gehör verschaffen.

Wir waren deshalb dankbar für Berichte zur kirchlichen Lage, die die Vertreter des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR bei Sitzungen zwischenkirchlicher Gremien gaben. Wir partizipierten an Ergebnissen von Verhandlungen. Als Beispiele seien genannt die Durchführung von Rüstzeiten für Kinder und Jugendliche und die Aussendung von Mitarbeitern in die Dritte Welt. Der BEFG-DDR konnte 1988 erstmalig zwei Krankenschwestern nach Sierra Leone entsenden, die von der dortigen Baptisten-Union angefordert wurden und im Rahmen der Europäischen Baptistischen Mission arbeiteten.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften wurden auch gegenseitig ausgespielt. Als man bei einer Taschenkontrolle in der Schule bei einem Jugendlichen ein von unserem Jugendwerk herausgegebenes Informationsheft zum

Wehrdienst fand, das in seiner Tendenz den Dienst bei den Baueinheiten bzw. die Verweigerung empfahl, kam es zu einem ausführlichen Gespräch beim SfK. U.a. wurde uns empfohlen, in ähnlichen Fällen doch formlos dem SfK unsere Informationen zukommen zu lassen, wie es auch seitens der Kirchen geschehe. Wir haben das weder getan noch uns bei den Kirchen über eine derartige Handlungsweise erkundigt.

In 'Die Rolle der Kirchen in der DDR'² führt Joachim Heise aus: »Als sich das Verhältnis zwischen dem Staat und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR 1988/89 immer mehr verhärtete, demonstrierte die Staatsmacht ihr gutes Einvernehmen mit den kleineren Religionsgemeinschaften«³. Das ist unsererseits zu bestätigen.

Manchmal hätte ich mir ein gemeinsames Vorgehen der Kirchen und der Freikirchen gewünscht. Dazu ist es sehr selten gekommen. Vielleicht waren wir in dieser Hinsicht zu kleine Partner, vielleicht wäre es auch für die Kirche schwer geworden, eine Sondierung innerhalb der Religionsgemeinschaften als Partner vorzunehmen, vielleicht wäre es auch nicht einfach gewesen, zu einmütigen Aussagen zu kommen.

Die Gespräche und Verhandlungen mit Dienststellen bzw. Behörden wurden auf örtlicher, bezirklicher und zentraler Ebene geführt. In der Regel verliefen sie in einer aufgeschlossenen Atmosphäre. Manches wurde erreicht. In Anbetracht des 'Demokratischen Zentralismus', der die Verbindlichkeit des Planes, der Gesetze und Beschlüsse höherer Staatsorgane für die nachgeordneten und zugleich die Förderung der Eigenverantwortung und Initiative der örtlichen Staatsorgane vorsah, war es zuweilen schwer, die Dienststelle zu finden, die die letzte Entscheidung zu treffen hatte. Heute wissen wir, daß manche Entscheidung von der SED oder der STASI vorgegeben wurde.

Als Zeitzeuge frage ich mich, inwieweit konnte ich die Religionspolitik des SED-Staates durchschauen bzw. hätte sie durchschauen müssen, und wo wird sie erst jetzt für mich erkennbar.

2. Persönliche Erfahrungen

Geboren wurde ich am 16. August 1924 in Görlitz. Meine Eltern waren Glieder der Baptistengemeinde und wiesen mir den Weg zu Christus und der Gemeinde.

Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums bis zum Einjährigen begann ich 1940 die Ausbildung zum Finanzbeamten. Von 1942-1945 Dienst in der Kriegsmarine und kurze Gefangenschaft. Anschließend war ich als Betriebsprüfer tätig. Ich wurde Mitglied der CDU in der Hoffnung, zum Aufbau beitragen zu können. Zeitweise war ich Vorsitzender der Betriebsgewerkschaftsleitung.

2 Die Rolle der Kirchen in der DDR. Hg. v. Horst Dähn. München 1993.

3 Ebd. S. 86.

1952 wurde ich als Autodidakt von der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde in Schmölln/Thüringen zum Pastor berufen. Gleichzeitig trat ich aus der CDU und der Gewerkschaft aus, weil ich als Seelsorger nicht parteipolitisch gebunden sein wollte. Neben dem Gemeindedienst erfolgte der Besuch von theologischen Kursen.

Von 1958-1989 war ich Generalsekretär des BEFG-DDR. Dieser umfangreiche Dienst, der sowohl pastorale als auch verwaltungsmäßige Aufgaben umfaßte, hat mir, trotz mancher Schwierigkeiten, Freude gemacht. Es war nicht nur der Dienst innerhalb des Bundes, sondern damit verbunden die Mitarbeit in internationalen Gremien (Baptistischer Weltbund, Europäische Baptistische Föderation) und auf zwischenkirchlicher Ebene (Vereinigung evangelischer Freikirchen, Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, Diakonisches Werk u.a.).

Soweit mir seit 1989 in meinem Ruhestand Zeit verbleibt, bemühe ich mich zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG-DDR beizutragen und übernehme Predigt- und Vortragsdienste.

Anschriften der Verfasser

Pastor Reinhard Assmann, Landsberger Allee 175/1706, 10369 Berlin

Lothar Beaupain, Johanniterstr. 2, 35099 Burgwald-Wiesefeld

Pastor Rolf Dammann, Karl-Marx-Allee 129, 10234 Berlin

Dozent Wolfgang Hartlapp, Theologisches Seminar, 39291 Friedensau

Pastor Dieter Leutert, Theklastr. 11, 12205 Berlin

Prof. Dr. Peter Maser, von Siemens Str. 3b, 48291 Telgte
zur Zeit: Im Rebgarten 5, 53127 Bonn

Ass. jur. Heinz-Adolf Ritter, Reislieth 8, 25588 Oldendorf

Pastor Johannes Schmidt, Aufderhöher Str. 169-175, 42699 Solingen

Pastor Herbert Uhlmann, Richardstr. 8, 08064 Zwickau

Karl Heinz Voigt, Hardenbergstr. 15, 24105 Kiel